

← [Industrie & Handel](#) [Home](#) > [Pro Industrie & Handel am Morgen](#) > [Die G7-Front gegen Chinas... Industriepolitik](#)

Die G7-Front gegen Chinas Industriepolitik

by [Frida Preuß](#) • JUN 15 • > 10 MINUTES READ

Press play to listen to this article

00:00

19:01

POLITICOPRO Industrie & Handel am Morgen

Von FRIDA PREUSS

Mit ROMANUS OTTE und TOM SCHMIDTGEN

[Im Browser anzeigen oder hier anhören.](#)

TOP-THEMEN

— **Heute Abend beginnt im französischen Évian der G7-Gipfel.** Ein zentrales Thema ist der Umgang mit Chinas Überkapazitäten und Dominanz auf den Rohstoffmärkten.

— **Die Koalition hat ihren Streit beim Infrastruktur-Zukunftsgesetz noch immer nicht beigelegt.** Doch Niedersachsens Wirtschaftsminister Grant Hendrik Tonne fordert im POLITICO-Interview schon jetzt eine Reform des Gesetzes.

— **Die milliardenschwere E-Auto-Prämie fließt bisher vor allem in die Kassen chinesischer Autobauer.** Das sagt der Präsident des Branchenverbands der Automobilhändler im POLITICO-Interview.

Guten Morgen von Industrie & Handel.

Senden Sie Tipps und Feedback an rotte@politico.eu, tschmidtgen@politico.eu, tmumme@politico.eu, fpreuss@politico.eu und jkloeckner@politico.eu.

Oder folgen Sie uns auf X: [@TommiesFrittes](#), [@ThorstenMumme](#) & [@herrkloeckner](#).

THEMA DES TAGES

KRÄFTE BÜNDELN GEGEN PEKING: Kanzler Friedrich Merz bricht am Nachmittag zum G7-Gipfel im französischen Évian-les-Bains auf. Neben den Kriegen im Nahen Osten und der Ukraine steht bei den Gesprächen in den kommenden Tagen vor allem der Umgang mit China im Zentrum.

Der Elefant im Raum: Ein wichtiges Thema seien die Risiken und Herausforderungen, die von „sehr hohen Exportüberschüssen einzelner Länder“ ausgehen, hieß es im Vorfeld aus Berliner Regierungskreisen.

Synonym für Überkapazitäten: Zu Beginn des Treffens steht dazu direkt heute Abend eine Diskussion über „globale Ungleichgewichte“ auf dem Programm. Im Fokus stehe der „Einsatz gegen Exportrestriktionen, für verlässliche Handelsbeziehungen und faire

Wettbewerbsbedingungen.“

Ob das was wird? „Die Bekämpfung globaler Ungleichgewichte ohne China am Verhandlungstisch ist ein eher aussichtsloses Unterfangen; China hat kein Interesse daran, sich mit der G7 einzulassen“, sagte Agathe Demarais vom European Council of Foreign Relations.

Mit Trump auf einen Nenner kommen: Eine gemeinsame Abschlusserklärung aller G7-Staaten wird wie schon beim Gipfel in Kanada vor einem Jahr für Mittwoch nicht erwartet. Stattdessen soll es eine Reihe einzelner Erklärungen zu verschiedenen Themen geben.

Beispiel Rohstoffe: Alle G7-Staaten spüren die starke Abhängigkeit von kritischen Rohstoffen aus China – und scheinen sich einig darin zu sein, dass es darauf dringend eine Antwort braucht.

Erster Anlauf: In Évian wollen die Regierungschefs eine Plattform zur Sicherung kritischer Rohstoffe auf den Weg bringen. Es geht unter anderem um die gemeinsame Finanzierung von Rohstoffprojekten, sagte ein hochrangiger deutscher Regierungsbeamter. Mehr dazu lesen Sie [hier](#).

Recycling als Hebel: Teil der Vereinbarungen wird auch der gemeinsame Einsatz für Rohstoff-Recyclingquoten in der öffentlichen Beschaffung sein, hört Frida Preuß aus Kreisen des Umweltministeriums. Deutschland hatte in den vergangenen Wochen stark für den Vorschlag lobbyiert ([wir berichteten](#)).

Den USA geht das nicht weit genug. Die Amerikaner drängen seit Monaten auf ein Mindestpreis-System für bestimmte Rohstoffe. Brüssel und Berlin sind von der Idee bislang nicht begeistert – vor allem weil dies den Einkauf der Materialien für die Industrie verteuern würde.

First-hand experience: Die japanische Premierministerin Sanae Takaichi, deren Land bisher besonders stark unter den chinesischen Exportbeschränkungen gelitten hat, dürfte ihre Erfahrungen in die Diskussion einbringen. Viele Experten sehen in der japanischen staatlichen Rohstoffagentur JOGMEC ein Vorbild.

Lunch mit den Tech-CEOs: Die G7 wollen in Évian auch über den Umgang mit Künstlicher Intelligenz und deren Auswirkungen auf die Weltwirtschaft sprechen. Hierzu steht ein Mittagessen der Regierungschefs mit führenden Vertretern der Technologieunternehmen auf dem Programm.

Der Zollkonflikt mit den USA dürfte ebenso erneut zum Thema werden. „Wir können nicht völlig ausschließen, dass es im Zollbereich zu neuen Diskussionen mit den Vereinigten Staaten kommen wird“, heißt es aus Regierungskreisen.

NOCH MEHR CHINA: Vom G7-Gipfel reist Merz am Mittwoch direkt zum Europäischen Rat nach Brüssel. Auch dort wollen sich die EU-Regierungschefs den Handelsüberschuss Chinas vorknöpfen. Im Gespräch ist ein neues Instrument gegen Überkapazitäten.

Der Kanzler zeigte sich dafür zuletzt offen. Es sei jedoch wichtig, dass ein solches Instrument „sich auf essenzielle Sektoren und wettbewerbliche Maßnahmen fokussiere“ und „länderagnostisch“ sei, hieß es aus Regierungskreisen.

INFRASTRUKTUR

PLAY IT AGAIN, SAM: Das [Infrastruktur-Zukunftsgesetz \(IZG\)](#) ist noch nicht einmal

geeint, schon kommen aus der Länderkammer Forderungen nach einem IZG II. Niedersachsens Wirtschaftsminister Grant Hendrik Tonne (SPD) erklärte Tom Schmidtgen und Romanus Otte in seiner Landesvertretung, warum es schnell eine Reform braucht.

O-Ton: Das Gesetz soll „zügig und vor der Sommerpause verabschiedet werden“, so Tonne. „Wir brauchen danach aber eine zweite Runde, denn mir fehlen in dem Gesetz ganz viele Sachen.“ Vorhaben nur in das überragende öffentliche Interesse zu heben, beschleunige nichts.

Tonnes Kritik: Inhaltlich ändere sich wenig durch das IZG. „Es werden so viele Maßnahmen unter das überragend öffentliche Interesse gestellt, dass gar keine Differenzierung mehr möglich ist.“

Hintergrund: Das IZG ist eines der zentralen Vorhaben von Schwarz-Rot, im Koalitionsausschuss wurde es [bereits im Dezember](#) geeint. Der Beschluss ist vor der Sommerpause geplant. Das Gesetz stellt Verkehrsinfrastruktur unter das überragende öffentliche Interesse und soll vor allem Planungs- und Genehmigungsverfahren beschleunigen.

Achtung, Jura: Die Regierung hätte stattdessen die materiellen rechtlichen Voraussetzungen ändern sollen, fordert Tonne. Laien-juristisch erklärt beschreiben diese Bedingungen im Gesetz, die erfüllt sein müssen, damit ein Rechtsanspruch entsteht.

Ein Beispiel: „In einer x-beliebigen Gemeinde wird eine Brücke abgerissen und an selber Stelle und in gleicher Bauart eine neue gebaut. Warum muss diese Brücke noch einmal maximal komplex geprüft werden? Wir müssen uns einfach mal trauen zu sagen: Diese Brücke wird gebaut, Punkt.“

Rückblick: Ende Januar hatte es im Bundesrat bereits ordentlich geknallt. Mehr als 200 Änderungsanträge brachte die Länderkammer ein. Auch damals die Kritik: [Das IZG beschleunigt nicht](#). „Die erste Beratung im Bundesrat war ein mittleres Desaster für die Bundesregierung“, sagte uns Tonne. Er sei überrascht gewesen, dass die Länder vorher nicht angehört wurden.

Brief aus Hannover: [Vergangene Woche](#) schrieb Tonne einen Brief ([hier](#)) an die Fraktionschefs von Union und SPD – im CC auch Verkehrsminister Patrick Schnieder und Umweltminister Carsten Schneider.

Tonnes Parteifreund Schneider und andere SPD-Umweltpolitiker wollen das IZG an das Naturflächenbedarfsgesetz (Natif) koppeln. Die Union wirft ihnen vor, das Vorhaben damit zu blockieren. Streitpunkt ist die Kompensation von Ausgleichsflächen für Bauprojekte.

Meeting-Marathon: Mehrere Treffen auf Ebene der Staatssekretäre hatten in der vergangenen Woche keine Lösung gebracht. Ebenso wenig ein zweites Spitzentreffen der Fraktionsvorsitzenden, Minister und Fachsprecher am Freitag. Mehr dazu lesen Sie [hier](#).

Dünne Leitung: Kanzler Friedrich Merz soll sich am Dienstag in der Fraktionssitzung über den Stopp aufgeregt haben, berichtete die [Rheinische Post](#). Seine Geduld mit den Sozialdemokraten sei „am Ende“. Die SPD hingegen betont, man liege immer noch im Zeitplan.

****Mit dem Launch von POLITICO Pro Energie & Klima bricht eine neue Ära der politischen Berichterstattung an. Um diesen Meilenstein gebührend zu begleiten,**

vergeben wir exklusive Plätze für unsere feierliche Launchparty an ausgewählte Branchenexperten. [Hier](#) geht es zur Anmeldung.**

AUTOINDUSTRIE

AB NACH CHINA: Die milliardenschwere neue deutsche E-Auto-Prämie fließt bisher fast ausschließlich an ausländische Autohersteller, besonders aus China. Das sagte der Präsident des Verbands der Automobilhändler Deutschlands (VAD), Burkhard Weller, im Gespräch mit Romanus Otte.

Welche Autos werden mit Prämie gekauft, fragte der [VAD](#) den Handel. „Alle sagen: Es ist die Klasse zwischen 20.000 und 30.000 Euro“, berichtet Weller. „Und was haben wir da? Chinesische Autos.“

BYD-Boom: In den 42 eigenen Autohäusern der [Weller-Gruppe](#) habe sich der Absatz preiswerter Autos aus China im Mai mehr als verdoppelt. „Bei BYD waren es 235 Prozent“, sagt der Verbandspräsident.

Deutsche Autos fehlen in dieser Preisklasse noch. Der ID-Polo von VW soll erst im September kommen. Aus der EU gebe es „ein bisschen Renault und Peugeot, etwas Seat und Cupra. Dann wird es dünn“.

Heißes Eisen: Die Wirkung der Auto-Prämie ist heikel, weil die EU gleichzeitig Schritte prüft, um die Industrie gegen Konkurrenz aus China zu schützen. Der [Industrial Accelerator Act](#) etwa sieht Made-in-EU-Vorgaben für staatliche Ausgaben vor.

Die E-Auto-Prämie kann seit Mitte Mai beantragt werden, rückwirkend für Käufe 2026. Sie gilt nur für Neuwagen und beträgt abhängig von Auto, Einkommen und Kinderzahl bis zu 6000 Euro. Im Fördertopf liegen 3,5 Milliarden Euro.

Kick-Start: In nur drei Wochen seien 50.000 Anträge eingegangen, sagte Umweltminister Carsten Schneider (SPD) am Freitag. Meist von Haushalten mit Einkommen unter 45.000 Euro. Seine Zwischenbilanz: „Die neue Förderung wirkt.“

Weller widerspricht: Bisher sei vor allem der Rückstau von Käufen eingereicht worden. Seit Ankündigung der Prämie Anfang Dezember habe es bis zur Umsetzung zu lange gedauert. „Das hat zur Kaufzurückhaltung beigetragen.“

Mal abwarten: Hinzu kämen Mitnahmeeffekte von Kunden, die ohnehin ein E-Auto kaufen wollten. Wie die Prämie wirklich wirkt? „Stand heute ist meine Prognose Null“, sagte Weller. „Wegen der Prämie tauscht keiner sein Auto auf Elektro.“

Wirklich nicht? Eine [Umfrage des KfZ-Versicherers HUK](#) lässt Raum für Interpretation. 18 Prozent der Befragten gaben an, durch die Prämie entweder erstmals über den Kauf eines E-Autos nachzudenken oder den Kauf „wahrscheinlich vorzuziehen“.

Klare Gewinner: Ob man diesen Umstiegseffekt groß oder klein findet – er hilft vor allem Marken aus dem Ausland, zeigt die HUK-Umfrage. Bei Käufern, die von einem Verbrenner auf ein E-Auto umsteigen, sprang im Mai vor allem der Anteil von Tesla, BYD, Leapmotor und Citroën nach oben.

Wenn schon Förderung für Familien, dann auch für gebrauchte E-Autos, fordert Weller. Auch das kurbele den Neuwagenverkauf an.

Was E-Autos wirklich hilft: Wichtigstes Problemthema sei nicht mehr die Reichweite, es seien Lademöglichkeiten, der Strompreis und besonders die Preistransparenz. Kunden würden beim Laden oft im Dunkeln tappen, kritisiert Weller.

Sein Vorschlag: „Machen wir an Ladesäulen endlich wie beim Telefon-Roaming. Man schließt zuhause einen Tarif ab, und diesen Preis hat man über das Roaming dann an jeder Säule.“

ZÖLLE

DAS ENDE VOM ANFANG: Das Europäische Parlament debattiert heute noch einmal über den [Zolldeal mit den USA](#), bevor morgen Mittag in Straßburg endlich die lang erwartete Abstimmung im Plenum stattfindet. Der Deal wird dann sehr wahrscheinlich angenommen.

Start of something new: Die EU hofft, dass beide Seiten nach dieser Abstimmung die Verhandlungen in anderen Facetten der transatlantischen Zusammenarbeit vorantreiben können – etwa beim Umgang mit Chinas Überkapazitäten, bei weiteren Zollaussnahmen oder bei der Regulierung von Technologie.

Sieht gut aus: „Im Moment bin ich ziemlich optimistisch“, sagte der Vorsitzende des Handelsausschusses (INTA), Bernd Lange, vergangene Woche in einem Interview. „Die Grünen sind mehr oder weniger gespalten. Aber die Mehrheit wird zustimmen – die EVP, ein großer Teil der EKR sowie Renew.“

Solide Basis: Der Handelsausschuss hatte das Zollabkommen Anfang Juni mit 31 von 40 Stimmen gebilligt.

LESETIPP: Unsere Kollegen Camille Gijjs, Max Griera und Nette Nöstlinger haben sich Bernd Lange genauer angesehen – den Mann, der die Verhandlungen des EU-Parlaments in ein politisches Druckmittel verwandelte und Donald Trump monatelang warten ließ.

Die Chronik eines Deals: Sie haben mit aktuellen und ehemaligen Weggefährten Langes gesprochen, mit Mitarbeitern, Diplomaten und Beamten in Brüssel, Paris und Berlin.

Mixed feelings: Manche sehen Lange als hartnäckigen Verhandler, der bereit ist, sein Gegenüber bei der Suche nach einer Einigung bis an seine Grenzen zu bringen. Für andere ging er zu weit, indem er es riskierte, die transatlantischen Beziehungen zu destabilisieren.

Das Portrait von Bernd Lange lesen Sie [hier](#).

CHINA

SCHAUT ZU UNS: Taiwan kann als Beispiel für europäische Länder dienen, die ihre Abhängigkeit von China verringern möchten. Das sagte Lin Fei-fan, der stellvertretende Generalsekretär des Nationalen Sicherheitsrats der Insel, kürzlich auf einer Sicherheitskonferenz in Riga zu unserem Kollegen Koen Verhelst.

Arbeitet zusammen: „Wir alle müssen uns der chinesischen wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen bewusst sein, und ich würde vorschlagen, dass die europäischen Länder auch eine stärkere Koalition bilden sollten, um dagegen vorzugehen“, sagte Lin.

Blick zurück: „Wir waren einst ein Land, das stark von der chinesischen Wirtschaft abhängig war“, sagte Lin. Anfang der 2000er Jahre entfielen etwa 60 bis 70 Prozent der taiwanischen Auslandsinvestitionen auf das chinesische Festland. Dieser Anteil erreichte 2010 mit 83 Prozent seinen Höchststand.

Taipeh habe jedoch „zahlreiche Initiativen gestartet, um unsere Unternehmen dazu zu

bewegen, andere Kontinente und Märkte in den Blick zu nehmen“. Im vergangenen Jahr flossen nur noch 3,7 Prozent der taiwanischen Auslandsdirektinvestitionen nach China.

Viele Halbleiterexporte: „Beim Warenhandel nehme China zwar nach wie vor einen erheblichen Anteil ein“, betonte Lin. Jedoch sei ein großer Teil auf Taiwans Halbleiterexporte nach China zurückzuführen. Wer hier von wem abhängig ist, sei daher durchaus umstritten.

WEITERE NEWS

CHEMIE: Das vom Bund geförderte Chemie-Großforschungszentrum CTC in Sachsen und Sachsen-Anhalt hat eigenen Angaben zufolge erste Kooperationen mit Unternehmen aus der Chemie-, Automobil- und Luftfahrtbranche geschlossen. Das CTC gehört zu den größten Forschungsprojekten des Strukturwandels nach dem Kohleausstieg. Es wird bis 2038 mit rund 1,1 Milliarden Euro gefördert und soll neue Verfahren für eine klimafreundlichere Chemieindustrie entwickeln sowie den Einsatz von Recycling-Materialien und nachwachsenden Rohstoffen voranbringen.

RÜSTUNG: Rheinmetall-Vorstandschef Armin Papperger fürchtet, dass Frankreich nach dem FCAS-Aus auch aus dem gemeinsamen Panzerprojekt MGCS aussteigen könnte. „Eine Gefahr ist immer da, aber es ist noch nichts entschieden“, sagte Papperger der WELT am Sonntag. Nach seinen Informationen plane Frankreich jedoch bereits, das Budget für das MGCS-Projekt drastisch zu kürzen. Im Gespräch sei ein Volumen „von weniger“ als der Hälfte der bisherigen Planungen. Mehr dazu lesen Sie [hier](#).

ENERGIE: Ein kanadisches Konsortium aus der Investmentgesellschaft Brookfield und dem Pensionsfonds CPP Investments hat [laut Handelsblatt](#) im Verkaufsprozess von Uniper Interesse bekundet. Am [12. Juni](#) lief die Frist für Interessenbekundungen aus. Neben dem Kapital für den Kauf von Anteilen stünde bei dem Konsortium auch Kapital für weitere Investitionen bereit. Für den Uniper-Börsengang, der parallel zum Verkauf vorangetrieben wird, haben die Deutsche Bank, Citi Bank und UBS ein Mandat erhalten, berichtet das Handelsblatt [ebenfalls](#).

KATHERINA REICHE: Seit Februar lässt sich Katherina Reiche von der Werbeagentur Scholz & Friends und der Kommunikationsagentur FGS Global beraten. Hauptverantwortlich für ihre Beratung ist Joachim Koschnicke, früherer Wahlkampfmanager von Angela Merkel und Partner in der Berliner Dependence der US-Beratungsfirma FGS Global, berichtet der [Spiegel](#).

DIESE WOCHE WICHTIG

— **EU-PARLAMENT:** In Straßburg tagt ab heute das Europäische Parlament. Auf der [Agenda](#) stehen unter anderem die neuen Ausnahmen im [KI-Omnibus](#), morgen der Zolldeal mit den USA und am Donnerstag Entschließungsanträge über die [Kommunale Abwasserrichtlinie \(KARL\)](#).

— **HALBLEITER:** In Dresden trifft sich ab heute bis Mittwoch die Chips-Branche zu den [Silicon Saxony Days](#). Dabei ist neben Ministerpräsident Michael Kretschmer und Pierre Chastanet von der Europäischen Kommission auch Tom Schidtgen.

— **ENERGIE:** Verkehrsminister Patrick Schnieder besucht heute das Energieunternehmen Enertrag an seinem Standort im brandenburgischen Gut Dauerthal.

— **LEBENSMITTELINDUSTRIE:** Noch bis einschließlich Freitag ist

Landwirtschaftsminister Alois Rainer mit einer Wirtschaftsdelegation in Japan und China unterwegs. Es geht um die Vertiefung der Handelsbeziehungen und darum, die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Land- und Ernährungswirtschaft zu stärken und neue Märkte zu erschließen, hieß es von der Bundesregierung.

— **REICHE AUF TOUR:** Katherina Reiche besucht am Dienstag um 10.45 Uhr das Biopharma-Unternehmen Sanofi Aventis im Industriepark Frankfurt-Höchst. Am Nachmittag schaut sie bei dem Batteriespeicherhersteller CMBlu Energy im bayerischen Alzenau vorbei.

— **ROHSTOFFE:** Am Donnerstag und Freitag trifft sich die Bergbaubranche in Berlin zum Mining Forum unter der Schirmherrschaft des Wirtschaftsministeriums.

— **WOHNUNGSBAU:** Bauministerin Verena Hubertz lädt am Freitag zu einer Investorenkonferenz nach Frankfurt. Das Format soll Vertreter der Bau-, Wohnungs- und Immobilienbranche zusammenbringen. Auch Finanzminister Lars Klingbeil ist dabei.

Das war Industrie und Handel — das Wirtschaftsbriefing von POLITICO. Vielen Dank, dass Sie uns lesen und abonnieren. Bis zur nächsten Ausgabe!